Die Kritik der "Zimmerwaldner" : "Weshalb wir diesem Programmentwurf nicht zustimmen können"

Autor(en): **Bürcher, Verena / Walter, Otto F. / Künzli, Arnold**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 10

PDF erstellt am: **10.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339896

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ander und mit unseren gewählten Vertretern in Ämtern und Behörden. Auch das ist eine völlig neue Dimension in einem SPS-Programm.

Im zweiten Teil des Programmentwurfs werden achtzehn Einzelbereiche unserer Politik im Sinne von Wegleitungen und Anregungen für die politische Praxis und unter Berücksichtigung unserer neu formulierten Grundsätze konkretisiert. Dabei wird bewusst die Praxis der verschiedenen Wege postuliert. Die hier und jetzt zu leistende Arbeit für die Überwindung dieses Wirtschaftssystems erfordert in der Strategie gegenüber Grossbanken und Konzernen sicherlich andere Wege als gegenüber kleineren Betrieben in einer Randregion.

Das Suchen nach neuen Lösungen ist nie abgeschlossen

Wir sind uns auch bewusst, dass viele Wege noch offen sind, denn die gesellschaftspolitische Verwirklichung des Programms ist ständig neu zu finden. In diesem Sinne wird die Verabschiedung des vorliegenden Programmentwurfs die notwendigen Arbeiten an Strategien und Konzepten zur Durchsetzung unserer Ziele nie abschliessen. Es könnten auch nocht etliche Einzelbereiche der Politik erwähnt werden, mit denen man den Programmentwurf ergänzen könnte. So wie ich aber davon überzeugt bin, dass Programmfragen nie endgültig und dauernd entschieden werden können, so bin ich der festen Auffassung, unsere Partei benötige, nach etlichen Jahren intensiver und öffentlich geführter Programmdiskussionen, endlich wieder eine breit abgestützte, unseren Standort und unsere Stossrichtungen markierende verbindliche Grundlage. Der Entscheid liegt nun beim Parteitag.

Die Kritik der «Zimmerwaldner»

«Weshalb wir diesem Programmentwurf nicht zustimmen können»

Als die Programmkommission sich am 12./13. Juni in Gwatt zur Schlussbereinigung traf und darüber abstimmte, ob auf den noch unbereinigten Entwurf eingetreten werden sollte oder nicht, stimmte eine Minderheit der Kommission, nämlich 11 Mitglieder, gegen eintreten, 14 Mitglieder sprachen sich dafür aus und zehn glänzten unverzeihlicherweise durch Abwesenheit. Die Sekretäre Ruedi Strahm und Andreas Lutz stimmten nicht mit, da sie auch nicht vom Parteitag gewählt waren. Nach der Abstimmung legte ein Teil der Minderheit das nachstehende Papier vor, indem begründet wird, weshalb man nicht auf das Programm eintreten wollte. Diese Gruppe stellte einen eigenen Programmentwurf in Aussicht, der allerdings nicht zustande kam.

«1. Wir halten diesen Entwurf nicht für verbesserungsfähig. Deshalb plädieren wir für eine Grundsatzerklärung mit konkreten Ansätzen zu ihrer Verwirklichung, wie wir an der letzten Sitzung in Bern beschlossen haben.

2. Wir sind der Meinung, dass der vorliegende Entwurf die Aufträge des Parteitages von Interlaken — geschichtliche Wende, Hauptstossrichtung Selbstverwaltung, die andere Strategien nicht ausschliesst — nicht erfüllt.

Deshalb streben wir mit der Grundsatzerklärung am Parteitag in Lugano eine Etappe auf dem mindestens noch dreijährigen Weg zum neuen SPS-Programm an.

3. Die Partei braucht Zeit zur ruhigen Grundsatzdiskussion. Nur so ist erstens die unbedingt anzustrebende Integrationskraft des neuen Programms und zweitens sein Mobilisierungseffekt nach innen wie nach aussen sicherzustellen.

4. Unsere Kritik in Stichworten: (Kein Anspruch auf Systematik)

● Es fehlt eine Begründung für die Neuorientierung unserer Ziele, mit anderen Worten: Es fehlt die Entwicklung der schweizerischen Gesellschaft seit dem 1959er Programm, welche uns heute mit grossem Mehr die Notwendigkeit einer historischen Wende beschliessen liess.

● Dem Text fehlt das Zentrum. Entsprechend besteht kein Bezugssystem, kein roter Faden. Es bleibt völlig unklar, wie uns wie sehr die einzelnen Aspekte zusammenhängen. Hier rächt sich die Struktur, welche zu einer Auflistung, Parzellierung führte, die jede Erklärungskapazität verliert.

● Selbstkritik fehlt auch in Ansätzen. Deshalb werden die durchaus zum Ausdruck kommenden Lernprozesse nicht einsichtig, nachvollziehbar und entbehren somit der Glaubwürdigkeit. (Zum Beispiel: Abkehr vom undifferenzierten Wachstumsglauben, vom traditionellen Etatismus unserer Partei).

● Die Begrifflichkeit ist fahrig und zufällig, auch widersprüchlich. Das und die Sprache, die sehr unpräzis ist, sind nicht Zufälligkeiten. Sie sind Ausdruck der geistigen Konzeptionslosigkeit. Damit bleibt das Papier weit unter dem intellektuellen Anspruch der Kommission. Es verarbeitet denn auch nicht die Gedanken, welche trotz allem zahlreich während der Sitzungen zum Ausdruck gebracht worden sind. Obwohl es simpel ist, bleibt das Papier schwer verständlich. Aus dieser Sprache folgt denn auch der eintönig, freudlose Zug des Papiers, das niemanden motivieren kann.

● Die Ausbeute an konkreten, praktischen Handlungsansätzen ist gering.

● Selbstverwaltung degenerierte zu einem wenig bedeutenden Nebenaspekt, obwohl sich der Parteitag eine Konkretisierung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Sozialpolitik, staatliche Elektrizitätswirtschaft, Finanzwirtschaft, Multinationale Konzerne) erhofft hat.

● Wichtige Grundsatzfragen bleiben offen: Zum Beispiel die Frage, warum Demokratie unter den Machtverhältnissen des wirtschaftlichen «Liberalismus» nicht funktioniert (hier ist eine der Ursachen für kommissionsinterne Diskussion über den Begriff Demokratisierung zu finden). Hinterher gehört auch die Frage, welche Industrie mit welcher Technologie ökologisch vertretbar und auch im Hinblick auf unseren Selbstverwaltungsanspruch erstrebbar ist.

Antworten auf dringendste aktuelle Probleme fehlen, wie: Strukturelle Arbeitslosigkeit, Friedensproblematik. Ebenso, weshalb der Kapitalismus repressiv wird, wenn er sich in Bedrängnis fühlt, und welche Strategie die Linke dagegen verwirklichen muss.

● Strategisch («Arbeitsformen») lässt der Entwurf alles offen, stellt alle Möglichkeiten nebeneinander, überlässt damit jeden seiner heutigen Hilflosigkeit, statt argumentativ Prioritäten zu entwickeln und damit gemeinsame Auswege aufzuzeigen.

● Es wird nirgends aufgeführt, worin Selbstverwaltung sich unterscheidet zwischen Gesellschaftsformen, die auf Verstaatlichung gründen. So bleibt das wichtige Merkmal des Dritten Weges diffus. Ebenso kommt seine neue Qualität nicht zum Ausdruck, weil der Eindruck erweckt wird, die bisherige Entwicklung könne fortgeschrieben werden.»

Die Hinweise gelten für den Text als ganzes. Sie mögen verdeutlichen, warum wir glauben, dass die Reparatur der einzelnen Kapitel unzureichend ist. Ein Programm muss mehr sein als die Summe seiner unzulänglichen Teile.

Zimmerwald/Bern,
Samstag, den 12.6.82/0230

Verena Bürcher, Zürich; Otto F. Walter, Oberbipp; Arnold Künzli, Basel; Kathrin Fahrländer, Bern; Georges Peters, Lausanne; Jakob Tanner, Zürich; Andreas Gross, Zürich; Bernhard Beroud, Genf.

Jakob Tanner und Andreas Gross

Lugano: Nur eine Etappe

Zum Text der Kommissionsminderheit

Die Ausgangslage ist klar: Dem als «SPS-Dossier» aufgemachten Entwurf der «Mehrheit» der Programm-Kommission steht ein Text einer Gruppe von Kommissionsmitgliedern gegenüber, der sich vom Dossier-Entwurf nicht nur politisch-programmatisch, sondern, in erster Linie hinsichtlich des vorgeschlagenen Vorgehens, für die Programmrevision und bezüglich der Einschätzung der Bedeutung eines Programmes unterscheidet.

Es geht um die Frage, ob in Lugano die Programmdiskussion mit der Annahme des Dossier-Entwurfes noch vor der Eröffnung des Wahlkampfes 1983 beendet werden soll — dies strebt die «Mehrheit» an —, oder ob in Lugano eine weitere Etappe auf dem Weg zu einem neuen Selbstverwaltungsprogramm sein wird, wie das in den Anträgen der «Minderheit» den Parteitagsdelegierten vorgeschlagen wird.

Die Weichenstellung in Interlaken 1981

Das offizielle Startsignal für die Überholung des SPS-Programmes von 1959 wurde 1976 am Parteitag in Montreux gegeben, als die Delegierten den Beschluss fällten, die SPS müsse sich auf der Grundlage eines «Bruchs mit dem Kapitalismus» programmatisch neu definieren.

Tatsächlich ist die breite Diskussion innerhalb der SPS-Sektionen um das neue SPS-Programm viel jüngeren Datums. Sie setzte innerhalb der Parteibasis eigentlich erst ein nach der Publikation des «Roten Büchleins». Diese Selbstverwaltungs-Pionierarbeit der Autorengruppe Bichsel / Künzli / Masnata / Schild / Walter /